



Politik für Menschen mit Behinderungen

Das hat die SPD erreicht:

Das Angehörigen-Entlastungs-Gesetz

Normal-Verdiener werden nicht mehr an den Kosten der Heim- Unterbringung beteiligt.

Das Budget für Aus-bildung: Der Bund über-nimmt den Lohn für die Azubis mit Behinderungen im regulären Arbeits- markt. Er bezahlt auch die Assistenz und Förderung im Betrieb und in der Berufs-Schule.

- Die not-wendige Arbeits-Assistenz darf von den Integrations-Ämtern nicht mehr begrenzt werden.
- Menschen mit einem Assistenz-Hund haben überall Zu-tritt
Mehr Mittel für die An-schaffung eines besonderen Autos.
- Die un-ab-hängigen Beratungs-Stellen (EUTB) werden weiter finanziert.
- In der Corona-Krise haben die Integrations-Ämter in den Ländern mehr Geld bekommen.

Inklusions-Betriebe und ähnliche Ein-richtungen wie zum Beispiel Sozial-Kauf-häuser werden mit 100 Millionen € unter-stützt, die nicht zurück gezahlt werden müssen.



Das wird die SPD tun:

Menschen mit Behinderungen sollen selbst-bestimmt leben.

- Sie sollen selbst ent-scheiden, wo sie wohnen.
- Sie sollen gute Arbeit finden. Dabei sollen sie unter-stützt werden.
- Kinder und Jugendliche müssen gefördert werden. Sie sollen auch mit Nicht-Behinderten leben und lernen können.
- Es soll keine Hinder-nisse mehr geben: kein Hinder-nis im öffent-lichen Raum, kein Hinder-nis im Wohn-raum, kein Hinder-nis im Verkehr.
- Auch Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zum Internet haben.
- Alle öffent-lichen Stellen müssen Infos für alle Menschen zugänglich machen. Dazu gehört Leichte Sprache und Gebärden-Sprache

Menschen mit Behinderungen wollen selbst über ihre Dinge ent-scheiden, auch in der Politik.

Wer das will, wählt SPD!